

Interpellation von Hans Rutschmann (SVP, Rafz), Ulrich Welti (SVP, Küssnacht) und Robert Rietiker (SVP, Maur)
betreffend Erhöhung der Vermögenssteuer- und Eigenmietwerte bei Liegenschaften

Am 10. Juni 1992 erliess der Regierungsrat eine Weisung an die Steuerbehörden über die Bewertung von Liegenschaften und die Festsetzung der Eigenmietwerte. Gemäss dieser Weisung werden die Vermögenssteuerwerte von Liegenschaften sowie die Eigenmietwerte massiv erhöht.

Diese Erhöhungen führen u.a. dazu, dass der Bau und Erwerb von Wohneigentum immer unattraktiver wird. Dies in einer Zeit, wo Bund, Kantone und Gemeinden gefordert wären, die Rahmenbedingungen für den Bau von zusätzlichem, günstigem Wohnraum zu verbessern. Millionen von Subventionen für den Wohnungsbau verlieren an Wert, wenn durch steuerliche Nachteile ein Bauwilliger vermehrt für seine Investitionen bezahlen soll. Umgekehrt könnte durch ein sinnvolleres Steuergesetz Wohneigentum vermehrt gefördert werden. In Deutschland ist die Steuergesetzgebung beispielsweise so, dass Investitionen in Wohneigentum durch steuerliche Anreize so stark gefördert werden, dass der Kauf von Stockwerkeigentum oder Einfamilienhäuser fast zur Selbstverständlichkeit wird. Bei uns findet leider laufend das Gegenteil statt. Nicht umsonst werden wir als "Land der Mieter" bezeichnet.

Die massive Erhöhung der Eigenmietwerte ist auch gegenüber jenen Mitbürgern ungerecht, welche in früheren Jahren dank vielen Entbehrungen ein Eigenheim erwerben konnten. Nun werden sie mit mehr Einkommenssteuer für ihren Einsatz um eine eigene Altersvorsorge bestraft.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Aufgrund welcher Gesetzgebung oder Überlegungen wurde die Bewertung der Liegenschaften und die Festsetzung der Eigenmietwerte derart massiv erhöht?
2. Wieviel betragen die maximal möglichen Erhöhungen aufgrund der Weisungen vom 10.6.92 gegenüber den bisherigen Richtlinien:
 - a) für die Eigenmietwerte
 - b) für die Vermögenssteuerwerte?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat die Auswirkungen der Erhöhung der Eigenmiet- und Vermögenssteuerwerte auf den Wohnungsbau?
4. Welche steuerlichen Möglichkeiten sieht der Regierungsrat für die Zukunft um den Wohnungsbau (Miete, Kauf) zu fördern?

Hans Rutschmann
Ulrich Welti
Robert Rietiker

Ernst Schibli
Rita Fuhrer-Honegger
Georg Schellenberg
Bruno Kuhn
Annelies Schneider-Schatz

Irene Enderli
Bruno Zuppiger
Albert Nufer
Werner Schwendimann
Ernst E. Büchi

Hans Wiederkehr
Johann Jucker
Peter Abplanalp
Dagobert Stampfli
Paul Zweifel
Vilmar Krähenbühl

Jürg Vollenweider
Richard Weilenmann
Kurt Krebs
Laurenz Styger
Oskar Bachmann

Begründung:

Gegenwärtig werden die neuen Berechnungen der Vermögenssteuerwerte und Eigenmietwerte den Eigentümern von den Steuerbehörden zugestellt. Die Fragen im Zusammenhang mit den neuen Ansätzen sind deshalb von allgemeinem Interesse. Es ist auch schwer verständlich, dass in der heutigen konjunkturellen Lage derjenige vermehrt Steuern zahlen soll, welcher dringend notwendige Investitionen tätigte oder tätigen will.